

## **Offener Brief an Herrn Bundeskanzler Kurz und Herrn Innenminister Nehammer**

### **Nicht in meinem Namen! Freiheit für unsere Menschlichkeit!**

Sehr viele geflüchtete Menschen halten sich unter völlig inakzeptablen Bedingungen auf griechischen Inseln auf. Darunter befindet sich eine große Zahl an Kindern und Jugendlichen, deren Schicksal uns besonders nahegeht. Viele Österreicherinnen und Österreicher wollen helfen, können das aber nicht vor Ort in Griechenland tun. Schon mehrfach ist deshalb in den letzten Tagen die zusätzliche Aufnahme von Kindern, unbegleiteten Jugendlichen, Familien und Geflüchteten überhaupt in Österreich verlangt worden. Die Bundesregierung lässt dies aber nicht zu. Insbesondere Bundeskanzler und Innenminister sperren sich gegen eine humanitäre Lösung der humanitären Krise. Damit schränken sie aber auch österreichische Bürgerinnen und Bürger ein, die ihrer solidarischen Verpflichtung nachkommen wollen. Wir fordern die Freiheit, unsere Menschlichkeit und Nächstenliebe leben zu dürfen! Wir akzeptieren nicht, dass auf diese Weise unserer persönlichen Identität Grenzen gesetzt werden, für die es keine vernünftige Notwendigkeit gibt.

Wir wenden uns zudem dagegen, dass der österreichische Bundeskanzler und der Innenminister in immer schärferen Formulierungen eine Bedrohung Europas und Österreichs durch Geflüchtete in den Raum stellen. Wenn Sebastian Kurz in der Pressestunde sagt, es kämen „Millionen“, wenn die „türkisch-griechische Grenze fällt“, dass man vorbereitet sein müsse, „falls es zu einem Grenzsturm kommt“, schafft er damit nicht nur Feindbilder und weckt völlig unangemessene Ängste. Zusammen mit der haltlosen Behauptung einer bedrohten österreichischen oder europäischen Identität spielt er den europäischen Rechtsextremisten in die Hände und ermutigt sie, auf die griechischen Inseln zu reisen, um dort Gewalt auszuüben. Wir fordern dringend eine Mäßigung in der Sprache, denn sie trägt zu todbringender, rechtsextremer Gewalt bei.

Wir beobachten eine populistische Hetze gegen Geflüchtete und eine Fixierung der Debatte auf Grenzen, an denen man verzweifelte Menschen um jeden Preis aufhalten möchte. Das lenkt von den Ursachen der Tragödie, von der Menschenrechtsverletzung der Asylverweigerung und von den unverantwortlichen Blockaden in der Europäischen Union ab, wodurch diese mit einem im Verhältnis zu ihrer Größe und ihrem Reichtum kleinen Problem nicht fertig wird. Wir betonen, dass die österreichische Regierung in dieser Frage in der EU nicht in unserem Namen spricht. Wir fordern, dass sich die österreichische Regierung in der EU für eine vernünftige und solidarische Lösung dieses Problems einsetzt.

Carina Altreiter  
Rainer Bauböck  
Elisabeth Beer  
Alexander Behr  
Ernst Berger  
Heinz Berger  
Barbara Blaha  
Susanne Bock  
Gerhard Burda  
Barbara Coudenhove-Kalergi  
Martin Donner  
Ingrid Fischer  
Jörg Flecker  
Judith Götz  
Irmgard Griss  
Luise Gubitzer

Monika Helfer  
Andrea Holz-Dahrenstaedt  
Mathis Huber  
Elfriede Jelinek  
Kerstin Kellermann  
Raoul Kneucker  
Michael Köhlmeier  
Erhard Lesacher  
Frank Lissy-Honegger  
Renate Lissy-Honegger  
Doris Lutz  
Helene Maimann  
Evelyn Martin  
Robert Menasse  
Rubina Möhring  
Alfred Noll  
Traude Novy  
Manfred Nowak  
Christian Reder  
Christoph Reinprecht  
Imre Márton Reményi  
Walter Rijs  
Peter Rosei  
Helmut Sax  
Saskja Schindler  
Susanne Scholl  
Georg Schönfeld  
Wolfgang Schönleitner  
Agnes Schulmeister  
Ruth Simsa  
Bernhard Steiner  
Cornelius Obonya  
Elisabeth Orth  
Carolin Pienkos  
Christine Stelzer-Orthofer  
Emmerich Tálos  
Ilja Trojanow  
Anna Wexberg-Kubesch  
Robert Wiesner  
Michael Wimmer  
Ruth Wodak  
Stefanie Wöhl  
Molly Wurth  
Ulrike Zartler